

DER LANDTAG SCHLESWIG - HOLSTEIN

102/2002

Kiel, 14. August 2002

Flüchtlingsbeauftragter Helmut Frenz fordert Fairness im Wahlkampf

Kiel (SHL) – Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein, Helmut Frenz, hat sich an die im Schleswig-Holsteinischen Landtag vertretenen Parteien gewandt mit dem Vorschlag, im Wahlkampf ein Fairness-Abkommen zu schließen. Der Text der vorgeschlagenen Vereinbarung lautet:

„Wir erklären hiermit, im angelaufenen Wahlkampf zur Bundestagswahl 2002 sachlich, sensibel und problembewusst das Thema der **Integration von Personen mit Migrationshintergrund** und die Frage der **Zuwanderung** zu behandeln. Wie es für die Unterzeichnenden selbstverständlich ist, mit einander fair umzugehen, so werden wir unser Handeln daran orientieren, dass es als fair gegenüber Personen mit Migrationshintergrund zu werten ist.“

Helmut Frenz verspricht sich von diesem Abkommen eine Vorbildfunktion auch für alle anderen am Wahlkampf beteiligten Parteien. „Ich hoffe, dass ein positives Signal gesetzt wird, nicht auf dem Rücken von Ausländerinnen und Ausländern auf Stimmenfang zu gehen“, betont Frenz.

In den letzten Jahren hatte es zwischen den Parteien Schleswig-Holsteins für Bundestagswahlkämpfe keine Wahlkampfabkommen mehr gegeben. Dennoch begrüßten sowohl die SPD wie auch Bündnis 90/Die Grünen und der SSW die Initiative des Flüchtlingsbeauftragten. Sie erklärten sich bereit, einem entsprechenden Wahlkampfabkommen beizu-

treten. CDU und FDP sind jedoch nicht bereit, das Wahlkampfabkommen zu unterzeichnen, weil sie hierfür keine Notwendigkeit sehen. Nach Ihrer Selbsteinschätzung pflegen sie ohnehin einen fairen und angemessenen Umgang.

Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen in Schleswig-Holstein, Helmut Frenz, bewertet es als äußerst positiv, dass die Parteien der Regierungskoalition und der SSW dem von ihm angeregten Abkommen beizutreten bereit sind.

Abschließend stellt Frenz. fest: „Ich habe den Eindruck gewonnen, dass in Schleswig-Holstein die politischen Parteien durchaus problembewusst und sensibel das Thema ‚Ausländer‘ im Wahlkampf angehen wollen. Dennoch werde ich sehr aufmerksam und kritisch die Vertreter der politischen Parteien im Wahlkampf begleiten.“

Herausgeber: Pressestelle des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Postf. 7121, 24171 Kiel, Tel.: (0431) 988- Durchwahl -1163, -1121, -1120, -1117, -1116, Fax: (0431) 988-1119
V.i.S.d.P.: Dr. Joachim Köhler, Annette Wiese-Krukowska, E-Mail: Joachim.Koehler@landtag.ltsh.de
Internet: www.sh-landtag.de – Presseinformationen per E-Mail abonnieren unter www.parlanet.de/pressticker